

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 162 (1996)

Heft: 6

Vorwort: Brennender Handlungsbedarf

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brennender Handlungsbedarf

«Do first things first» lautet der prägnante englische Ratschlag, den auch wir mehr beherzigen sollten. Was nützt uns die Motivation der Milizarmee und ihr modernes Material, wenn ihr die nötigen Ausbilder fehlen. Wenn unsere Miliz Schwächen aufweist, so nicht, weil sie überfordert ist, sondern weil ihr die nötige Ausbildung fehlt. Unsere Kader werden in erster Linie für die Führungsaufgabe gewählt. Was sie aber zuerst machen müssen, ist ausbilden. Ausbilden in Sparten, in denen sie meist wenig Erfahrung besitzen. Sie haben zwar viel Verständnis für die Mentalität der fast Gleichaltrigen und für die Probleme der Stoffbewältigung. Ihnen fehlt aber die Ausbildungsdidaktik und -routine.

Zwar ist die computerunterstützte Ausbildung eine grosse Hilfe. Die praktische Ausbildung aber benötigt erfahrene, überzeugende Instruktoren, die Fehler rasch erkennen und korrigieren können. Unsere jungen Leutnants werden in den ersten Rekrutenschulwochen mit ihrem Zug weitgehend allein gelassen, da es an Instruktoren mangelt, der Schulkommandant oft der einzige Profi ist.

I. Instruktorenrekrutierung:

Dieser Dauerbrenner muss endlich gelöst werden. Die Zeit dazu ist günstig, gibt es doch auf dem Arbeitsmarkt z.Zt. genügend gute Bewerber für die gesuchten Uof- und Of-Instruktoren. Warum kommen sie nicht haufenweise?

- Die möglichen Anwärter haben in den Schulen gesehen, dass der Job eines militärischen Ausbildners zwar faszinierend, aber mit Nachteilen belastet ist, die aus dem Personalmangel entspringen.

- Qualifizierte Anwärter merken zudem im Laufe der Bewerbung, dass sich die Anstellungsbedingungen für Instruktoren verschlechtert haben, z.B. für Spitalaufenthalte und tiefere Saläreinstufung usw. Dies im Gegensatz zur allgemeinen Bundesverwaltung.

- Der Rekrutierung fehlt die nötige Flexibilität, z.B. die Honorierung der bisherigen Tätigkeit oder des militärischen Grades.

- Die grösste Bremse kommt von oben vor allem vom Finanzamt, das die jährliche Ausbildung eines grösseren Instruktorenkontingents und von Quereinsteigern verhindert.

- Die vorhandenen 1770 Berufsleute gruppieren sich in nur 739 Berufsoffiziere, 997 Berufsunteroffiziere und 34 Fachlehrer, dies für eine Armee von 400000 Mann, welche neue Armeeaufträge und neue Systeme zu bewältigen haben. Überdurchschnittlich viele dieser sehr arbeitswilligen Leute arbeiten leider nicht an der «Front».

- Die **Sollzahlen** für den Instruktionssdienst und die WKs werden heute nirgends erreicht, obwohl sie nach unten korrigiert sind. Die zuständigen Stellen werden daher gebeten, a) Bedarfszahlen von der Front zu erheben, die mit den neuen Ausbildungsbedürfnissen im Einklang sind und b) das grosse Manko bei Of- und Uof-Instruktoren mit **Sofortmassnahmen** anzugehen.

Politiker und Medien können nur mithelfen, die Lücken zu schliessen, wenn auch die militärischen Führer entsprechend agieren. Leider tun sie dies zu wenig, da sie in der langen Karriere gelernt haben, ohne «Gewerkschaft» zu leben und «loyal» zu schweigen. Geben Sie für einmal diese scheue Haltung auf, denn nur so kann die Armee 95 richtig und effizient umgesetzt werden!

II. Partnerschaft für den Frieden (PfP)

Gegner des PfP-Beitritts argumentieren zum Teil bewusst unredlich mit dem Verwirrspiel «NATO-Beitritt», «Blauhelmabstimmungsumgehung», «Milizbeschaffung» und «Neutralitätsverletzung» oder «Etikettenschwindel». Damit werden viele Bürger kopfschüttelnd gemacht und das Vertrauen zwischen Volk und Regierung gestört. Oft wird eine nicht vorhandene Parallele zur EWR-Abstimmung heraufbeschworen, die von vielen als Vorhof zur EU eingestuft wurde. Auch die Tatsache, dass man die Einladung der NATO an die Schweiz zwei Jahre liegen liess, hat die Situation nicht verbessert. Es entstand vielmehr der Eindruck, – so z.B. in der Arena-Sendung über den Schochbericht – dass es sich um einen Entscheid grosser Tragweite handle, was aber gar nicht stimmt.

- **Neutralität gewahrt:** Die Partnerschaft für den Frieden (PfP) beinhaltet keine Bündnisverpflichtung und keine gemeinsamen Einsätze/Operationen, wahrt die Souveränität durch jederzeitige Kündigungsmöglichkeit und schützt die Neutralität durch Öffnung für alle OSZE-Staaten. Auch Russland ist dabei.

- **Vertrauensbildende Kontakte:** Die PfP-Initiative will Stabilität

und Frieden in Europa durch Vertrauensbildung fördern. Dazu werden als Voraussetzung lediglich ein transparenter Verteidigungshaushalt, demokratische Strukturen und eine politische Kontrolle der Armee verlangt, welche natürlich in der Schweiz schon lange erfüllt sind.

– Gegenseitiger Nutzen:

Die NATO ist am Mitmachen der Neutralen interessiert, da damit die Legitimation der PfP gestärkt, zusätzliche spezifische Fähigkeiten kleinerer Staaten eingebracht und Vertrauen aufgebaut wird.

Für die Schweiz geht es um:

- eine **Institutionalisierung** und Vereinfachung bereits bestehender Kontakte mit den OSZE-Ländern;

- den **Beweis des Zusammenarbeitswillens** auf sicherheitspolitischem Sektor, wo wir in der heutigen Bedrohungssituation von den Anstrengungen der Nachbarn profitieren;

- den Austausch von **Ausbildungs- und Planungserfahrungen** diverser Art;

- die Stärkung des **eigenen Ansehens** z.B. durch Beiträge im Bereich Demokratie und Katastrophenhilfe (z.B. Rettungstruppen, Rettungskette, REGA usw.);

- den **internationalen Informationsfluss** in vielen Bereichen (Seminare, Kolloquien, Nachrichtenaustausch). Angesichts der vieler grenzüberschreitenden Gefahren wäre die PfP für uns ein **sehr gutes Frühwarnsystem**.

– Individual-Programm:

Jeder Partner kann gemäss seinen individuellen Wünschen und Bedürfnissen mitmachen und ist auch frei im Angebot eigene Aktivitäten. Die Programme werden jährlich von der Koordinationstelle in Mons / Belgien in einem **Katalog** zusammengefasst und stehen meist allen Nicht-NATO-Staaten des PfP-Kreises offen

– Warum es eilt?

Die Schweiz betreibt schon seit Jahrzehnten Informationskontakte, dies vor allem auch mit den Neutralen. Seit dem Start der PfP Initiative ist der Andrang für gute Seminare, Austauschplätze und Kolloquien von wissenschaftlichen Gremien usw. so gross geworden, dass der Platz knapp geworden ist. Einzelne Staaten haben daher in Aussicht gestellt, dass sie in Zukunft nur noch Aktivitäten auf Gegenseitigkeit und im Rahmen des PfP akzeptieren könnten. So ergaben sich für die Schweiz bereits konkrete Gefahren von Beschränkungen für Studienaufenthalte sowie von Übungsplätzen für mech und fliegerische Übungen, d.h. wegen ihrer PfP-Abstinenz ein Abrutschen in die «2. Liga».

– Aufklärungsbedarf:

Vor einem Beitrittsentscheid des Bundesrates ist eine breit angelegte Informationskampagne nötig, die dem Volk und dem Parlament erklärt:

- welches die Vorteile des PfP-Beitritts sind,

- was die Nachteile einer Ablehnung und Verschiebung wären,

- welche Aktivitäten die Schweiz im PfP konkret anvisiert,

- was die Schweiz im Rahmen des PfP beitragen könnte (z.B. Katastrophenhilfe, Such- und Rettungsdienst, humanitäre Aktionen,

- den Mechanismus der vielfältigen Wahlprogramme und den je derzeitigen Rückzug.

Vor allem aber ist klar zu machen, **was die PfP nicht ist**, dass die Neutralität nicht gefährdet ist und dass sie keinen Schleichweg zu NATO öffnet.

Zur Stärkung des innenpolitischen Vertrauens sollte der Bundesrat – analog Schweden und Finnland – garantieren, dass er im Beitrittsgesuch ausdrücklich erklären werde, dass die Schweiz keinerlei Absichten für einen späteren NATO-Beitritt verfolgt.

Partnerschaft für den Frieden ist eine internationale Initiative die mehr Effizienz als diplomatische Gefässe wie UNO und OSZE verspricht, da sie entsprechend den individuellen Bedürfnissen der theoretischen und praktischen Ausbildung, dem Informations- und Kontaktaustausch dient und für die Neutralität unbedenklich ist. **PfP verdient es daher, dass die Schweiz – wie 43 andere OSZE-Staaten – mitmacht und dass es deswegen nicht zu einer Zerreißprobe des internen Verständnisses kommt.**

Oberst im Generalstab Charles Ot

